

**28.06.2023****ABSCHLUSSBERICHT****Treffen der Arbeitsgruppe RAN LOCAL****8. und 9. Juni 2023, Budapest (Ungarn)**

# Position und Zukunft lokaler P/CVE-Strategien und -Ansätze

## Wesentliche Ergebnisse

Die extremistische Szene in Europa verändert sich schnell und die Faktoren, die zu einer Radikalisierung führen, sind vielfältiger geworden. Aus diesem Grund sind PraktikerInnen verschiedener europäischer Länder zusammengekommen, um sich über die veränderten Bedingungen und möglichen Optionen für eine Neuausrichtung lokaler Strategien zur Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus (P/CVE) auszutauschen. Hauptziel des Treffens war, einen Überblick über die veränderte Situation zu gewinnen, die bestehenden Herausforderungen zu benennen und potenzielle Empfehlungen für eine Strategieanpassung abzugeben. Hier eine Übersicht über die wichtigsten Ergebnisse:

- Die in der extremistischen Szene beobachteten Veränderungen bestehen hauptsächlich in einer verstärkten Polarisierung des öffentlichen Diskurses, in der Zunahme von Hetze im Internet, in einer demokratiefeindlichen Haltung, in der Verbreitung falscher, aggressiver Botschaften, die das Vertrauen in Institutionen untergraben, und in einer polarisierenden Haltung gegenüber Randgruppen.
- Die größten Herausforderungen, die von den Teilnehmenden identifiziert wurden, waren folgende: der häufig beschränkte Fokus der örtlichen Behörden auf bestimmte extremistische Ideologien, die Finanzierung von Maßnahmen zur Primärprävention der Radikalisierungsursachen und die mangelnde (politische und gesellschaftliche) Anerkennung der Bedeutung von Polarisierung und Diskriminierung für die P/CVE-Arbeit.
- Die lokale P/CVE-Strategie sollte künftig einen umfassenden, integrativen Ansatz verfolgen, der verschiedene AkteurInnen außerhalb des Sicherheitsbereichs einbezieht und Strategien für die öffentliche Kommunikation, ein Bewusstsein für die vorhandenen Emotionen und Frustrationen sowie klare Rechtsvorschriften beinhaltet.

## Kernpunkte der Diskussion

### Die extremistische Szene heute und morgen

Achtzehn verschiedene Perspektiven zu aktuellen und künftigen Trends in der extremistischen Szene wurden im Laufe von zwei Tagen erörtert. Die im öffentlichen und politischen Diskurs wahrgenommene Polarisierung ist nach wie vor ein Problem, das in die P/CVE-Agenda und ihre Konzepte aufgenommen werden muss. Durch Hass motivierte Straftaten mit frauen- und fremdenfeindlichen, rassistischen und homophoben Tendenzen sind derzeit besonders im Internet weit verbreitet und nehmen in mehreren Ländern zu. Ein interessanter lokaler Einblick wurde den Teilnehmenden aus der Perspektive der Drogenabhängigkeit (und ihrer Prävention) gewährt, die einer der

wichtigsten Pull-Faktoren für gewaltbereites extremistisches Verhalten ist. Einen weiteren Einblick in die Arbeit vor Ort erhielten sie im Hinblick auf die zunehmende soziale Zersplitterung, die zu Parallelgesellschaften führt. Das beherrschende Thema der Diskussion war die zunehmend demokratiefeindliche Haltung sowohl bei den BürgerInnen als auch bei den PolitikerInnen. Gleichzeitig findet eine (gezielte) Streuung falscher und aggressiver Botschaften statt, die das Vertrauen der BürgerInnen in die Legitimität „des Systems“ (das heißt in politische AkteurInnen, Strafverfolgungsbehörden, JournalistInnen und WissenschaftlerInnen) schwächen. Auch die Fehlinterpretation historischer Ereignisse, die zur Polarisierung der Debatte und

der Haltung gegenüber sogenannten Fremdgruppen (z. B. MigrantInnen, LGBTQI+-Community, Woke-Bewegung) ist ein Grund zur Sorge, der jetzt und in Zukunft im Rahmen lokaler P/CVE-Strategien berücksichtigt werden muss.

## **Aktuelle Herausforderungen für lokale und regionale P/CVE-Strategien**

Angesichts der derzeitigen und künftigen Entwicklungen diskutierten die Teilnehmenden über die Schwierigkeiten, die die nachhaltige und effektive Einbeziehung der neuen Trends in ein P/CVE-Konzept mit sich bringt. Sie bekräftigten die dringende Notwendigkeit eines multidisziplinären und gesamtgesellschaftlichen Ansatzes, bei dem verschiedene PartnerInnen aus den Bereichen soziale Inklusion, Bürgerbeteiligung, lokale Demokratie sowie Armuts- und Kriminalitätsprävention in die Ausarbeitung einer zukunftsfähigen Strategie einbezogen werden. In diesem Zusammenhang identifizierten die Teilnehmenden allerdings verschiedene Herausforderungen, die in die folgenden drei Kategorien fallen:

### **1. Der Auftrag der lokalen Behörden**

Auf lokaler Ebene erhalten P/CVE-KoordinatorInnen und -PraktikerInnen oft einen eng gefassten Auftrag, der es ihnen in der Praxis ermöglicht, sich auf bestimmte extremistische Ideologien zu konzentrieren. Die zugrunde liegenden Strategien und Konzepte werden von lokalen EntscheidungsträgerInnen (z. B. BürgermeisterInnen, Stadtparlamenten) oder in manchen Fällen auch von politischen AkteurInnen auf nationaler Ebene abgezeichnet. Dieser traditionell ideologie- und gruppenorientierte Ansatz ist bei der Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus problematisch. Extremismus ist und war nie eindeutig. Spaltende, rassistische Botschaften und Fehlinformationen, insbesondere von politischen AkteurInnen, können ebenso leicht Polarisierung und Extremismus auslösen wie eine extremistische Organisation. Das Aufgreifen P/CVE-bezogener Themen wie Polarisierung, Hetze und Diskriminierung hängt daher vollständig vom öffentlichen Interesse, dem öffentlichen Bedarf und folglich von der staatlichen Förderung ab.

### **2. Finanzierung**

Viele Teilnehmende vertraten die Ansicht, dass die schwierige Aufgabe, den P/CVE-Handlungsspielraum zu vergrößern, ausschließlich von den finanziellen Mitteln abhinge, die für die notwendige Arbeit bereitgestellt werden. Ein Phänomen wie die Gewalt gegen LGBTQ-Personen kann in der Öffentlichkeit als dringlich eingestuft und dessen Bekämpfung daher mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Die Herausforderung besteht jedoch darin, die zugewiesenen Mittel mit den P/CVE-Interessen in Einklang zu bringen, insbesondere wenn es um Maßnahmen zur Primärprävention geht. Viele Teilnehmende wiesen erneut darauf hin, dass der Schwerpunkt weniger auf der Ideologie und mehr auf den Ursachen liegen müsse. In diesem Zusammenhang wurde deutlich, dass Maßnahmen zur Primärprävention nicht der traditionellen Extremismusprävention entsprechen. Primärpräventive Maßnahmen in den Bereichen Sport, Bildung, Drogenrehabilitation und Kunsttherapie werden in der öffentlichen Wahrnehmung nicht direkt mit Extremismusprävention in Verbindung gebracht. Deshalb ist es nicht immer einfach, die Finanzierung der P/CVE-Arbeit sicherzustellen.

### 3. Politische und soziale Realität

In der Praxis sind die meisten lokalen P/CVE-KoordinatorInnen oder -PraktikerInnen von dem politischen und gesellschaftlichen Interesse an ihrer Arbeit abhängig. Das ist auch der Grund, weshalb viele P/CVE-Programme in erster Linie auf verschiedene Formen des ideologischen Extremismus ausgerichtet sind oder waren. Was die vageren Formen oder Mischformen des Extremismus angeht, wie die Verwendung diskriminierender Narrative und Hetze im Internet, finden es die Teilnehmenden zunehmend schwierig, in einem politischen und gesellschaftlichen Umfeld zu arbeiten, in dem die Bedeutung von Polarisierung oder Diskriminierung für die P/CVE-Arbeit nicht anerkannt wird. Die Grenze zu tolerierten Formen des Aktivismus verschwimmt daher immer mehr, wenn zum Beispiel die Verbrennung des Korans als Ausdruck von Protest geduldet wird und es unklar ist, in welchem Ausmaß andere Ausdrucksformen, die Polarisierung und Hass hervorrufen können, erlaubt sind. Die Frage, die sich viele der Teilnehmenden letztendlich stellten, lautete: Wenn das, was wir als Extremismus definieren, möglicherweise nicht mit der öffentlichen und politischen Realität übereinstimmt, welche Optionen haben wir dann?

## Empfehlungen

---

Nach einer fruchtbaren, doch kontroversen Debatte stellten sich die Teilnehmenden der Herausforderung, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und sich vorzustellen, wie eine ideale, zukunftssichere Strategie für die lokale P/CVE-Arbeit aussähe. Anschließend präsentierten sie sich gegenseitig ihre Anregungen. Hier ein Überblick über die wichtigsten Empfehlungen für lokale Behörden:

- Die Arbeit vor Ort ist nach wie vor ein wichtiger Erfolgsfaktor für künftige P/CVE-Strategien. Die Teilnehmenden bekräftigten die Notwendigkeit und das Bemühen, **kontinuierlich enge Verbindungen zu nationalen und europäischen AkteurInnen aufzubauen und gleichzeitig das Augenmerk auf die lokalen Maßnahmen zu legen**. Was auf nationaler Ebene beschlossen wird, muss sich an dem orientieren, was vor Ort geschieht.
- **Bei der Entwicklung einer zukunftsfähigen lokalen P/CVE-Strategie oder eines P/CVE-Konzepts sollte der Schwerpunkt weniger auf Ideologien und mehr auf den Ursachen des Extremismus liegen**. Ursachen wie Armut, Diskriminierung, ethische und religiöse Spannungen, (vermeintliches oder tatsächliches) Versagen der Regierung und spaltende politische Rhetorik sollten nach Ansicht der Teilnehmenden im Mittelpunkt stehen.
- **Ausgangsbasis für künftige P/CVE-Strategien sollten vor allem die emotionalen Ursachen sein**. P/CVE-KoordinatorInnen und -PraktikerInnen vor Ort sollten in die Lage versetzt werden, zu verstehen, was die Gesellschaft emotional antreibt. Die Menschen haben viele Sorgen und Nöte. P/CVE-Konzepte sollten eng mit Aktivitäten verzahnt sein, die sich auf gesellschaftliche Beteiligung, Community Policing, Sport und andere soziale Initiativen konzentrieren, um die gegenseitige Inklusion, das Verständnis und die allgemeine Resilienz zu fördern.
- **Gefühle der Ungerechtigkeit sollten in der lokalen P/CVE-Strategie berücksichtigt werden**. Diese Empfehlung knüpft an die letzte an. Die Teilnehmenden betonten die Notwendigkeit, sich selbst, ihre Kollegen und ihre lokalen Partner auf persönlicher und politischer Ebene im Umgang mit Emotionen zu schulen. Unzufriedene BürgerInnen wollen oft einfach nur gehört werden und das Gefühl haben, ernst genommen zu werden.
- **Eine künftige lokale P/CVE-Strategie sollte einen bildungsbezogenen Ansatz verfolgen, bei dem demokratische Werte und Bürgerrechte im Mittelpunkt stehen**. Hierbei sollten den Menschen, insbesondere der Jugend, das Wissen und die Fähigkeiten vermittelt werden, Demokratie zu verstehen und extremistische Ideologien abzulehnen. Deshalb ist eine Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen vor Ort anzustreben, um P/CVE-Konzepte in die Lehrpläne zu integrieren und Schulungen für Lehrkräfte und andere MitarbeiterInnen anzubieten, damit diese Anzeichen der Radikalisierung erkennen können.

- **Ein künftiges lokales P/CVE-Konzept sollte sich von einem sicherheitsorientierten Ansatz weg und zu einem menschenrechtsbasierten, ethischen Ansatz hin entwickeln.** Dieses Konzept sollte unter anderem eine konsequente Kommunikationsstrategie, die korrekte Informationen fördert, sowie ein Beobachtungs- und Evaluierungssystem umfassen, bei dem Vertrauen und Transparenz im Vordergrund stehen.
- Eine **lokale Strategie für die öffentliche Kommunikation** sollte Kommunikationsschulungen für alle Interessengruppen beinhalten. Hierbei muss ein strategischer Umgang mit JournalistInnen oder Medien vermittelt werden, der unsensible oder stigmatisierende Aussagen oder Schlagzeilen vermeidet. Es sollte auf lokaler Ebene in die öffentliche Kommunikation und in diplomatische Kompetenzen investiert werden. Das gilt für PraktikerInnen ebenso wie für BürgerInnen und Personen in leitenden Positionen.
- Eine Gesellschaft, die Vertrauen in das demokratische System und seine Fähigkeit hat, Herausforderungen zu bewältigen, ist eine wesentliche Voraussetzung für dessen Legitimität. **Die Teilnehmenden halten es für wichtig, das Vertrauen der Menschen in das System zu stärken, indem die lokale P/CVE-Strategie Raum für Verantwortlichkeit und Transparenz schafft.** Dies kann durch eine klare Definition der Rollen und Zuständigkeiten aller beteiligten Interessengruppen, einschließlich der staatlichen Behörden und der Strafverfolgungsbehörden, erreicht werden. In einem künftigen P/CVE-Konzept sollte zudem gewährleistet sein, dass die Mitglieder der Gesellschaft aktiv mitwirken können, in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden und wissen, warum Entscheidungen getroffen werden.
- Es bedarf **eindeutiger Rechtsvorschriften in Bezug auf die Bedeutung von Hetze, Diskriminierung und destabilisierenden, polarisierenden Narrativen für die Arbeitsweise und Ziele von ExtremistInnen.** Sie könnten dazu beitragen, mehr Klarheit im Hinblick auf die zu ergreifenden Maßnahmen zu schaffen und einen stärkeren politischen und gesellschaftlichen Finanzierungsdruck zu erzeugen.
- **Multilaterale Plattformen wie das Radicalisation Awareness Network (RAN) sollten weiterhin genutzt werden,** insbesondere für den Austausch von Wissen und Informationen. Nach wie vor gibt es große Unterschiede zwischen den europäischen Ländern, was Wissen und Expertise zur Entwicklung einer lokalen P/CVE-Strategie angeht. Darüber hinaus sollten wir uns auch gegenseitig bei der Überwindung politischer Grenzen unterstützen, um lokale P/CVE-Strategien auszuarbeiten. Das RAN-Austauschprogramm sollte stärker genutzt werden.

## Inspirierende Praktiken

**App BanHate:** Die Extremismuspräventionsstelle Steiermark (Österreich) hat eine App mitentwickelt, mit der Hasspostings oder Hassverbrechen schnell, einfach und anonym per Smartphone oder Tablet gemeldet werden können. Die App ist eine Initiative, mit der die Zivilbevölkerung ermutigt werden soll, sich an der Beobachtung von Diskriminierungsanzeichen in den Medien zu beteiligen. Die App ist in allen großen App-Stores kostenlos erhältlich. Ihre Daten wurden bereits in Strafverfahren verwendet und können somit dazu beitragen, klare Rechtsvorschriften zur Bedeutung von Hetze für die Arbeitsweise und Ziele der ExtremistInnen zu schaffen (Quelle: [www.banhate.com](http://www.banhate.com)).

## Folgemaßnahmen

---

Die Ergebnisse dieser Runde werden in das Treffen der RAN-Arbeitsgruppe LOCAL 2023 einfließen, das zum Thema „How can arts, the city’s civic pride, and culture contribute to boosting local resilience and democracy against extremism, hate crime, and other threats to democracy?“ (Wie können Kunst, der Zivilstolz der Stadt und Kultur dazu beitragen, die lokale Resilienz und Demokratie gegen Extremismus, Hassverbrechen und andere Bedrohungen für die Demokratie zu stärken?) stattfindet.

## Weiterführende Literatur

---

- RAN-Publikation, 31. Mai 2023: [The Media and Polarisation in Europe: Strategies for Local Practitioners to Address Problematic Reporting](#)
- ICCT, 9. Juni 2022: [What the Zeitgeist can Tell us About the Future of Terrorism](#)
- RAN LOCAL (2023): [Wie lässt sich regierungsfeindlicher Extremismus auf lokaler Ebene verhindern und eindämmen? Wiederherstellung der Normalität, Wiederaufbau von Vertrauen und Netzwerken auf lokaler Ebene](#)
- RAN LOCAL (2021): [Die sich verändernde Landschaft von Polarisierung, Radikalisierung und Extremismus](#)